

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Elisabeth Meyer-Renschhausen	Bodenrechtsreform – Von den Anfängen bis zur Gegenwart _____	3
Wilhelm Matzat	Die deutsche Land- und Steuerordnung von Tsingtau und ihr Weiterwirken auf China _____	10
Torsten Warner	Die Landordnung von Tsingtau _____	15
Peter Conradi	Ein soziales Bodenrecht – eine ungelöste / unlösbare Aufgabe? _____	19
Fritz Andres	Erbaurecht und Bodensteuer – Zwei Wege zum selben Ziel _____	24
Jürgen Backhaus	Ein Steuersystem nach Henry George als Denkmodell und Alternative oder Ergänzung zur Ökosteuer _____	26
	Dokumentation – Bericht – Bücher _____	33
	25. Mündener Gespräche – Veranstaltungen _____	39

Bodenrechtsreform - Von den Anfängen bis zur Gegenwart

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Daß in den meisten Ländern der Dritten Welt eine Bodenrechtsreform die Hungerprobleme lösen würde, ist in den Gremien der Welternährungsorganisation der FAO unbestritten. In Brasilien hat die Landlosenbewegung Sem Terra, in der Arme auf ihr Recht an anbaufähigem Land kämpfen, nach einem beispiellosen Massaker an Landbesetzern im Jahr 1996 im Bundesstaat Pará zu einer großen Sympathie für diese Bewegung in weiten Bevölkerungskreisen Brasiliens geführt. Laut Gesetz steht nämlich den Armen das Land von Großgrundbesitzern zur Eigenbewirtschaftung zu, wenn letztere es brach liegen lassen. Dieses brasilianische Bodenreformgesetz ist heute mehr als zehn Jahre alt. Umgesetzt wurde es bisher nicht. Daher versucht eine gut organisierte Landlosenbewegung, ihr Recht auf dem Wege gewaltloser Besetzungen von Brachland zu erreichen.

Die Bodenfrage ist schon sehr alt und begann mit zwei Problemen: Zum einen mit der Frage des Zugangs zu Land für die Eigenwirtschaft seitens kleiner Bauern und Arbeiter. Die Gegner ihres Anliegens waren die Besitzer von Land, die damit Geld machen wollten - entweder um es nach Gutsherrenart durch andere bearbeiten zu lassen oder aber um es mit spekulativem Gewinn zu verkaufen. Zum anderen enthält die Bodenfrage die Frage des ungeheuren Wertzuwachses städtischer und stadtnaher Grundstücke in besonderen Lagen. Er kann zu einer Bodenspekulation führen, die die Mieten in unerträgliche Höhen treibt und schließlich sogar Kommunen und Staaten mit in die Schuldenfalle treibt.

Bereits aus der griechischen und römischen Antike kennen wir umfassende Debatten um Bodenreformen zugunsten von Kleinbauern. Sie hatten ihr Land verloren, wenn sie nach schlechten Ernten gezwungen waren, Saatgut zu leihen, und schließlich die Schulden nicht begleichen konnten. In seinen Reformen versuchte Solon daher, landlosen Bauern ein von Schulden freies Bewirtschaften von staatlichem oder eigenem Land zu ermöglichen. Auf die Enteignung von Großgrundbesitzern zugunsten von Landlosen verzichtete er aber. Idealistische Bodenreformer, die die Neuverteilung des zu bewirtschaftenden Bodens durchsetzen wollten, wurden in Sparta wie in Rom durch skrupellosen Mord seitens der Großgrundbesitzer daran gehindert, ihre Reformvorschläge umzuset-

zen. Die Umverteilung von Grund und Boden zur Bewirtschaftung an Kleinbauern wurde immer wieder erfolgreich hintertrieben.

In anderen alten Gesellschaften wie im frühmittelalterlichen Europa dominierte in den Dörfern lange Zeit ein gemeinschaftlicher Besitz an Grund und Boden. Das Land wurde den Bauernfamilien alljährlich neu zugeteilt. Die Allmenden wurden gemeinsam bewirtschaftet. Im spätmittelalterlichen Europa wurde dann wieder mit der Einführung des römischen Rechts - zunächst in der Renaissance in den oberitalienischen Städten im 11. Jahrhundert, bei uns in den meisten Gegenden sehr viel später - ein absoluter Besitz an Grund und Boden möglich. Der mittelalterliche Gemeinbesitz, die Gemeindewiesen, Allmenden und die alten Pachtsysteme verschwanden aus den Dörfern und Städten. In den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts ging es - neben anderem - darum, den gemeinsamen Landbesitz, die Allmenden, gegenüber ihrer Aneignung durch die Herrschaften zu verteidigen. In England übertrugen Einhegungsgesetze Ende des 17. Jahrhunderts die Gemeindewiesen den Großgrundbesitzern. Den Landarmen wurde damit die Möglichkeit zu Land- und Viehwirtschaft geraubt. Fortan hatten sie keine Gelegenheit mehr, durch Subsistenzarbeit selbst ein Lebensminimum zu erwirtschaften. Dementsprechend vertraten bereits im 18. Jahrhundert Theoretiker wie Thomas Spence (1750-1815) die These, daß der private Besitz an Grund und Boden die Ursache der Verelendung der Arbeiter sei. Alleinige Grundbesitzer sollten seiner Meinung nach ausschließlich die Gemeinde oder das Kirchspiel sein. Sie sollten den Boden an die Meistbietenden auf sieben Jahre verpachten können.

Die Kritik am Großgrundbesitz, am Latifundiensystem und an der Plantagenwirtschaft führte in der Französischen Revolution von 1789 zu einer (zum Teil entschädigungslosen) Enteignung und radikalen Umverteilung des Bodens, der dann im Code Napoleon (1804-1807) zu privatem Eigentum erklärt wurde. Diese Reform bewirkte, daß es den französischen Bauern während des 19. Jahrhunderts zunächst so gut ging, daß unter ihnen sogar die Geburtenrate stagnierte. In den USA erwirkte die seit 1848 von der "free land party" geforderte "homestead act", die

1862 - auf Kosten der indianischen Wildbeutervölker - Gesetz wurde, eine Bodenverteilung zugunsten einer subsistenzorientierten Einzelbauernwirtschaft. Wer sein Land bewirtschaften konnte, durfte es behalten. Diese Vorbilder regten überall in Europa, auch im deutschen Kaiserreich, Forderungen nach einer "Heimstättengesetzgebung" an, die zumindest den Brotlosen ein Stück Ackerland zuweisen sollte. Solche Forderungen lagen schon deshalb nahe, weil in manchen Städten des 19. Jahrhunderts "Ackerbürger" noch gang und gebe waren, die neben anderem oder ganz von ihren Feldfrüchten lebten. Vom Land zugewanderte Arbeiterfrauen bearbeiteten vor den Toren der Städte gepachtete Kraut- und Kartoffeläcker.

Andererseits führte im Zuge der Entstehung industrieller Ballungsgebiete eine Spekulation mit dem Boden vor allem in den größeren Städten dazu, daß seit den 1830er Jahren eine "organisierte" Bodenreformbewegung in Europa entstand. Damals forderte in England die durch Robert Owen (1771-1858) beeinflusste Chartistenbewegung eine Vergesellschaftung des Bodens wie aller anderen Güter. Privaten Landbesitz betrachteten die Chartisten als Ursache der Versklavung Eigentumsloser. Die "agrarsozialistischen" Bodenreformer im engeren Sinne knüpften auch an die Grundrententheorie des klassisch-liberalen Ökonomen David Ricardo (1772-1823) an. Ihre Kritik am privaten Grundbesitz nahmen von Karl Marx über Karl Kautsky bis Eduard Bernstein zahlreiche Sozialisten auf.

Berühmt wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Amerikaner Henry George (1839-1897), der 1879 "Progress and Poverty" ("Fortschritt und Armut") veröffentlichte, ein Buch über die zunehmende Verarmung inmitten einer Gesellschaft wachsenden Reichtums. Es wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt. Die Bodenrente war für George Ursache aller Armut auch in den Städten. Er schlug daher ihre Besteuerung vor, um so eine Beseitigung des privaten Zugewinns durch Landbesitz zu erreichen. George glaubte, daß eine vollständige steuerliche Abschöpfung der Bodenrente durch den Staat alle anderen Steuern überflüssig machen würde. Eine wichtige Zeitschrift der Bewegung hieß dementsprechend "Single Tax Review". Um eine Verstaatlichung des Bodens ging es ihm nicht. Henry Georges Ideen wurden weltweit begeistert aufgenommen, überall hin wurde er zu Vorträgen eingeladen. In England führten seine Vorträge zur Gründung mehrerer Landreformgesellschaften. Die "Land Tenure Reform Association" des liberalen Sozialisten John Stuart Mill

(1806-1873) forderte 1870, damit wieder über Henry George hinausgehend, allerdings erneut die Verstaatlichung allen Grund und Bodens.

In Deutschland setzten sich Autoren von den 1850er Jahren an vermehrt für eine Verstaatlichung des Bodens ein, so Hermann Heinrich Gossen 1852 in seinem Buch "Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und den daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln." Der Arzt Theodor Stamm publizierte 1870 "Die Erlösung der darbenenden Menschheit" und vertrat darin die Auffassung, daß kein Einzelner das ausschließliche Recht auf die Ausbeutung eines Stück Land haben könne, weil des Bodens "Kräfte" von der Natur und nicht von den Menschen erzeugt seien. Seine 1880 gegründete "Landliga" wurde 1886 Opfer der Sozialistengesetze, also des Ausnahmeregimes unter Bismarck, das auch bürgerliche Reformbestrebungen traf. An der Bodenfrage überhaupt rühren zu wollen, war in den Augen der damaligen kaiserlichen Behörden "kommunismusverdächtig". Der dann 1888 gegründete "Bund für Bodenbesitzreform" wurde von einem ehemaligen Fabrikanten, Michael Flürscheim, geleitet. In seiner Zeitschrift "Freiland" plädierte Flürscheim für eine Verstaatlichung allen Bodens, da er das Privateigentum am Boden als Ursache aller Wirtschaftskrisen begriff. Der Staat sollte das Land an private Nutzer verpachten.

In der Folgezeit bahnte sich - mitbedingt durch den Gegensatz zwischen Stadt und Land - innerhalb der Bodenreformbewegung eine große Auseinandersetzung um das Hauptziel an, das sie auf der politischen Ebene anstreben wollte - entweder eine Verstaatlichung des Bodens mit anschließender Vergabe von entgeltlichen Rechten zur privaten Nutzung oder eine Besteuerung des im privaten Eigentum verbleibenden Bodenwerts und seiner Zuwächse. Daneben kamen Bestrebungen auf, im Vorfeld der Politik bodenreformerische Ideen in kleinen Modellversuchen zu verwirklichen. Einer der Auslöser dafür war die 1889 erschienene Schrift des österreichischen Autors Theodor Hertzka (1845-1924) "Freiland, ein soziales Zukunftsbild"; sie war eine romanhaft verfaßte Utopie idealer Gemeinwesen, in denen aller Boden für jedermann frei zugänglich sein sollte. Da die Genossenschaften mit dem besseren Boden mehr Mitglieder anziehen würden, während die Gruppen mit dem schlechteren Land kleinere Kommunen bleiben würden und auch weniger produzieren müßten, war bei ihm auch für einen sozialen Ausgleich gesorgt, ohne besondere Steuern. Da Hertzka meinte, daß bezahlbares Land für egalitäre Kommu-

nen in der Alten Welt nicht existiere, empfahl er das Siedeln in überseeischen Kolonien, wo noch herrenloses "Niemandland" zu bekommen sei. Ganze Gruppen junger Frauen und Männer wurden zu begeisterten Anhängern seiner "Siedlungsprojekte". Sie trafen sich in Debattierzirkeln, sammelten Geld und erteilten sich gegenseitig kostenlosen Englischunterricht. Siedlungsabsichten einer Gruppe jüdischer Jugendlicher aus Berlin in Kenia scheiterten 1894 jedoch schon daran, daß die britische Kolonialverwaltung die Siedler gar nicht erst ins Land ließ. Bereits seit den frühen 1880er Jahren waren verschiedene Gruppen aus dem deutschen Kaiserreich, unter anderem Vegetarier-Vereine, in verschiedene Länder Latein- und Nordamerikas ausgewandert, um dort genossenschaftliche Kolonien zu gründen.

In Deutschland und Europa waren Siedlungsprojekte meistens durch die Höhe der Bodenpreise erschwert. Dennoch erschien 1894 eine Gegenschrift zu Theodor Hertzkas Utopie: "Freiland in Deutschland" von Franz Oppenheimer (1864-1943). Sie versuchte nachzuweisen, daß genossenschaftlich organisierte Siedlungsgemeinschaften auch in der alten Welt möglich wären. Oppenheimer empfahl ihre Gründung deshalb, weil sie positive Einflüsse auf das Verhältnis zwischen Bodenpreisen, Grundrenten und Löhnen haben müßten. Er schlug vor, wie er es selbst später zusammenfaßte, "den Kapitalismus durch die Errichtung von Siedlungen anzugreifen, die weiträumig genug angelegt wären, um durch Intensivierung städtischer Elemente den benachbarten Großgrundbesitzern und Kapitalisten ihre Arbeiter abzusaugen und sie auf diese Weise zu zwingen, höhere Löhne zu zahlen und das heißt, auf einen Teil ihres Mehrwerts nach dem anderen zu verzichten, bis dieser verschwunden und das Ideal des vollen Arbeitsertrags erreicht sei." Oppenheimers Genossenschaftssozialismus war der letzte konsequent entwickelte theoretische Versuch, das System der Kapitalwirtschaft nicht durch Eroberung der Staatsmacht, sondern durch Aushöhlung seiner wirtschaftlichen und sozialen Basis zu erledigen. Oppenheimer versuchte zu begründen, daß das bestehende Wirtschaftssystem durch konsequente Ausnutzung des geltenden Genossenschaftsrechts vollständig umgebaut und durch eine bessere Alternative jenseits von Kapitalismus und Kommunismus abgelöst werden könne. Er war der Meinung, daß durch Gründung weniger ländlicher Produktivgenossenschaften ein Dominoeffekt eingeleitet wird, der weitere Gründungen nach sich zieht. Um den Großgrundbesitz zu entmachten, würde es ausreichen, gemeinsam Land zu kaufen, es

kooperativ zu bewirtschaften und die Landwirtschaft um Gewerbetätigkeiten zu ergänzen. Oppenheimer war der Meinung, daß diese ländlichen Produktivgenossenschaften ihren Mitgliedern mehr materiellen Wohlstand, existentielle Sicherheiten und soziale Befriedigungen bieten als eine Arbeit in kapitalistischen Betrieben, auf großen Gütern oder auch selbstbestimmt auf der eigenen Scholle oder im eigenen Handwerksbetrieb. Es sei diese Überlegenheit der Produktivgenossenschaft, die einen Sogeffekt bewirkt und die Gründung weiterer Einrichtungen ökonomisch ermöglicht und sozial anregt. Um so mehr das Genossenschaftsleben aufblühte, desto stärker würden sowohl Industrie- wie Agrarkapital in eine wirtschaftlich schwierige und sozial unattraktive Lage geraten. Die "Druckdifferenz" von Stadt und Land würde sich umkehren, eine Rückwanderung aus den großstädtischen Mietskasernen auf das Land würde einsetzen.

Oppenheimers Genossenschaftssozialismus steht damit in der Tradition der Frühsozialisten wie Thompson und Robert Owen, wie Cabet, Fourier und Proudhon, auch wenn er deren Entwürfe eines kooperativen Sozialismus kritisierte. Sein libertärer Sozialismus stand quer zur jakobinischen Tradition moderner Gesellschaftskritik, wie sie etwa Marx und Engels und in seiner Zeit die europäische Sozialdemokratie vertraten. Er plädierte weder für eine politische Revolution noch für eine Reform, sondern hielt vielmehr die Umgestaltung der Gesellschaft durch das kooperative Wirtschaftshandeln der arbeitenden Menschen für möglich - ähnlich wie Gustav Landauer. Der Kapitalismus würde so durch die Genossenschaften ökonomisch wie sozial niederkonkurriert, bräche auch nicht im Chaos zusammen, sondern löse sich in eine neue kooperative Ordnung auf.

Oppenheimer versuchte in seinen Schriften zu zeigen, daß der Besitz von Grund und Boden, das Bodenmonopol, die - wie er es nannte - "Bodensperre", dem Kapitalismus als Produktionsweise vorausgegangen sein mußte. Erst Großgrundbesitz und Privateigentum an Boden führten zu elenden Landarbeiterlöhnen und infolgedessen zur Landflucht. Dadurch kam es in den großen Städten zur Ansammlung von zu Proletariern gewordenen Migranten, die, weil sie so viele waren, sich auf unzureichende Löhne einlassen mußten. Die Voraussetzung zur - seiner Meinung nach - ungesunden Bodenkonzentration in wenigen Händen war der Zentralstaat als "moderner Erobererstaat".

Während sich der orthodoxe Flügel der Vorkriegs-Sozialdemokratie für diese Theorien wenig interes-

sierte, waren Vertreter des sogenannten "revisionistischen" Flügels wie Eduard Bernstein, auch durch Kontakt zu den englischen Gesellschaftsreformern, den "Fabianisten", zu Gesprächen bereit. Die Bodenreformideen interessierten nun bald alle von der Notwendigkeit von bestimmten Gesellschaftsreformen überzeugten Zeitgenossen in einem so starken Maße, daß Franz Oppenheimer von der Tagesschriftstellerei leben konnte. Auch Berliner Universitätsprofessoren wie Gustav Schmoller und Adolf Wagner waren angesichts der Arbeitslosigkeit, sozialer Not, Landflucht, Wohnungselend in den Städten und ihrem Interesse an einer Ostexpansion an der Diskussion des Problemfelds "Bodenreform" so außerordentlich interessiert, daß sich Oppenheimer sogar habilitieren konnte und eine Professur bekam.

Unter seiner Mitwirkung gründeten 18 Lebensreformer aus Berlin 1893 die "Vegetarische Obstbaukolonie Eden" 30 km nördlich von Berlin in Fußnähe zur letzten S-Bahn-Station Oranienburg. 1901 wurde das Schwergewicht vom Vegetarismus auf den genossenschaftlichen Besitz und das gemeinsame Produzieren gelegt. Die Obstbaukolonie Eden avancierte zum Symbol eines erfolgreichen Ausstiegs aus der gründerzeitlichen Repräsentativkultur. In den 20er Jahren wurde "Eden" zum zweiten "Ascona", das zahlreiche Lebensreformer und Künstler aus ganz Europa anzog, die hier - wie etwa auch der Freiland- und Freigeldtheoretiker Silvio Gesell - zumindest zeitweilig lebten und arbeiteten. In Ascona am Lugano-See war 1902 auf Initiative von Ida Hofmann und Henri Oedekoven die bald legendär gewordene vegetarische Kolonie "Monte Verità" entstanden, der die gesamte Künstler- und revolutionäre Szene zumindest einmal einen Besuch abstattete.

Die Siedlungsideen wurden kurz vor dem 1. Weltkrieg schließlich so populär, daß die Jugendbewegung Franz Oppenheimer als einen ihrer damals bekanntesten Vertreter zu ihrem berühmt gewordenen Treffen auf dem Hohen Meißner 1913 lud. Seine Vorlesungen waren - auch als kritische Auseinandersetzungen mit den Theorien von Karl Marx - eine Art Magnet der studentischen Jugend seiner Zeit. Das Thema Bodenreform und Umverteilung von Grund und Boden interessierte vor dem 1. Weltkrieg von rechts bis links. Durch eine Bereitstellung von Land hoffte man, Arbeitslosigkeit und Armut entgegenarbeiten zu können. Man begann städtisches Land als Schrebergärten an Erwerbslose zu verpachten, was besonders während der Zeit des 1. Weltkrieges in Städten wie etwa Berlin, Hamburg oder Bremen wie anderswo zu

einer sozialen Hilfsmaßnahme beträchtlichen Ausmaßes wurde.

Bereits Max Weber hatte 1895 auf dem Evangelisch-Sozialen Kongress für das Ausgeben von Siedlungstellen an arbeits- bzw. landlose Bauern plädiert. Mit kleinen Eigenwirtschaften wären die Neubauern immerhin von den Schwankungen des Marktes unabhängig. Diese Neubauernsiedlungen stellte sich Weber im Gegensatz zu Oppenheimer und seinen Anhängern allerdings als einzeln, d.h. als im Familienverband wirtschaftende Bauern vor, die den "deutschen Osten" vor der "Polonisierung" bewahren sollten. Während Weber von derartig chauvinistischen Ideen später abrückte, machte Franz Oppenheimer seinerseits dann während des 1. Weltkriegs Kompromisse. 1915 entsetzte er seine pazifistischen Freunde nämlich damit, daß er ausgerechnet eine Rüstungsfirma dazu überreden konnte, für ihre Arbeiter eine Arbeitersiedlungskolonie zu errichten. Bei Spandau wurde die Siedlung "Staaiken" mit kleinen Einzel- und Reihenhäusern mit so großen Gartengrundstücken angelegt, daß die Arbeiter im Falle von Arbeitslosigkeit zu guten Teilen vom Gemüse- und Kartoffelanbau leben konnten. Die Siedlung existiert wie Eden in ihrer baulichen Substanz und als Grundeigentums-genossenschaft bis heute.

Die Ideen vom genossenschaftlichen "Siedeln" griff auch der österreichische, aus Budapest gebürtige Schriftsteller Theodor Herzl (1860-1904) auf. Durch die Dreyfußaffäre dazu angeregt, verfaßte er 1896 sein Buch "Der Judenstaat", womit er zum Begründer des politischen Zionismus wurde. 1902 verfaßte Herzl als Replik auf Oppenheimer einen Roman "Altneuland" und forderte Oppenheimer auf, auf einem Kongreß der Zionistischen Bewegung 1903 in Basel zu sprechen. Dort forderte Oppenheimer die Anwesenden auf, sich das neue Land mittels des Pfluges zu "erobern". Das erschien ihm als einzige aussichtsreiche Form einer friedlichen Landnahme. 1911 wurde er vom zionistischen Kongreß beauftragt, bei Nazareth in Palästina eine Siedlungsgenossenschaft zu gründen. Oppenheimer konzipierte Merchawia als "modernen Großbetrieb mit gewinnbeteiligter Arbeiterschaft". Obgleich die aus Rußland stammenden Arbeiter Oppenheimer mochten, wurden sie den Verdacht nie los, daß der Administrator des Unternehmens, Salomon Dyk, ein gewöhnlicher "kapitalistischer Unternehmer" sei. Daraufhin übernahm 1918 die anarchistisch und kommunistisch gesinnte Arbeiterschaft den nun sogenannten Kibbutz mit Erfolg in eigene Regie.

Die Siedlungsidee gewann in Deutschland über die durch den Krieg entstandene Arbeits- und Perspektivlosigkeit neue Anhänger. Mancher Hochschullehrer fand im Verlauf des 1. Weltkrieges und kurz danach immer wieder Studenten, die bereit waren, zeitaufwendige Recherchen im Rahmen von Promotionen zu den Genossenschafts- und Siedlungsversuchen in Geschichte und Gegenwart zu verfassen. Überall auf dem Land wurden "Siedlungen" aus der Taufe gehoben. Nach dem 1. Weltkrieg machte die Not vieles möglich: fallende Bodenpreise, jugendlicher Idealismus und Erwerbslosigkeit erlaubten, daß zahlreiche Genossenschaftsprojekte in die Tat umgesetzt wurden. Obwohl die meisten dieser bislang ungezählten Siedlungsprojekte im Verlaufe der Weimarer Zeit wieder eingingen, konnten einige durch zusätzliche Einkommensformen etwa als Heimvolkshochschule oder Gymnastikschule wie die Frauenlandkommune "Schwarzerden" in der Rhön überleben. Als sozusagen pragmatisch verkleinerte Versuche der Umsetzung dieser Ideen wurden auch Landschulheime vieler Hauptschulen in den 20er Jahren von begeisterten Eltern für ihre Kinder in engagierter Wochenendarbeit selbst gebaut. Ähnlich entstanden ländliche Gewerkschaftsschulungshäuser in Eigenarbeit wie etwa das "Bunte Haus" bei Sennestadt in Westfalen.

Vergeblich versuchte Franz Oppenheimer 1918 anzuregen, das Land von Großgrundbesitzern unter Arbeitslose aufzuteilen. Aber 1920 erreichte er beim damaligen preußischen Landwirtschaftsminister Otto Braun immerhin, daß das Remontegut Bärenklau in der Nähe von Oranienburg seiner Gruppe für ein Arbeitslosenprojekt zur Verfügung gestellt wurde. (Remontegüter waren Staatsgüter, in denen Pferde für das Militär aufgezogen und eingeritten worden waren.) Die Genossen aus dem nahe gelegenen Eden, das damals wegen zahlreichen Zuzugs und erwachsen werdenden Kindern aus allen Nähten platzte, übernahmen einen Großteil der Gründungsarbeit, vor allem Otto Jackisch. Die Feindseligkeit der Nachbarn und mancher untergeordneter Beamter gegen die "Judenwirtschaft" war nicht unerheblich, dennoch galt das Gut Ende der 20er Jahre als Musterbetrieb, das auch einige der ersten angehenden Kibbutzniks ausbildete.

Am Scharmützelsee wurde 1927 ebenfalls in relativer "Eisenbahnnähe" zu Berlin sogar eine erste anthroposophisch wirtschaftende Hofgemeinschaft "Marienhöhe" gegründet. Sie konnte allen Einschränkungen zum Trotz die Kriegs- und

die DDR-Zeiten durchstehen und existiert bis heute als "Lebens- und Arbeitsgemeinschaft". -

Neben solchen Siedlungsbestrebungen gab es auch weiterhin Versuche der Bodenreformbewegung, ihre Ziele - in freilich mehr und mehr abgeschwächter Form - auf der politischen Ebene zu verwirklichen. 1898 hatte sich der "Bund für Bodenreformer" in den "Bund deutscher Bodenreformer" (BDB) umbenannt. Eine immense Bodenspekulation durch sogenannte "Terraingesellschaften" hatte in den schnell wachsenden Großstädten Europas - nicht zuletzt in Berlin - Ende des 19. Jahrhunderts zu unbeschreiblichem Wohnungselend geführt. Kaum war das Land vermessen, wurde es von Spekulanten schon gekauft und wenig später oft noch unbebaut mit deutlichem Gewinn wieder verkauft. Die erhöhten Bodenpreise führten zu rasch steigenden Mieten. Große Grundstückszumessungen ermöglichten in Berlin etwa Mehrfachüberbauung: Mietskasernen mit mehreren licht- und luftlosen Hinterhöfen hintereinander verdampten die besitzlosen Proletarier zu einem Dasein unter unhygienischen und unmenschlichen Umständen. Zilles zeichnerische Dokumentationen eines mehr oder minder deprivierten "Milljöhns" zeigten das von Zille in seiner Nachbarschaft als Kind erfahrene Elend auf, das Folge dieser unmenschlichen Lebensbedingungen war. In den schnell wachsenden Industrie- und Großstädten entstanden Elendsviertel, in Berlin in den 1870er Jahren vor dem Kottbuser Tor auf dem Gebiet des heutigen Kreuzberg sogar Bretterbudensiedlungen, wie wir sie heute als Armensiedlungen der Großstädte Südamerikas oder Indiens kennen. Seit den 1870er Jahren war eine allgemeine Debatte in Gang gekommen, wie dieser Not abzuhelfen sei. Adelheid Dohna-Poninski forderte unter dem Pseudonym Arminius in "Die Großstädte in ihrer Wohnungsnot" (1874) Parks und grüne Erholungsflächen für alle Stadtbewohner - auch für Gehbehinderte und Alte -, maximal zwei Meilen entfernt von ihrer Wohnung. Auch zahlreiche bedeutende Nationalökonomien und Politiker wie Adolf Wagner, Adolf Weber und Friedrich Naumann wurden entschiedene Gegner einer weiteren ungehinderten Bodenspekulation in den Städten. Der "Bund deutscher Bodenreformer" distanzierte sich allerdings von Henry Georges Forderung, die Bodenrente wegzusteuern, und beschränkte sich auf die Forderungen, Steigerungen des Bodenwerts "möglichst dem Volksganzen nutzbar zu machen", Gartenstädte auf genossenschaftlicher Basis zu schaffen, das Enteignungsrecht der Gemeinden zu erweitern, eine kommunale Woh-

nungsinspektion einzuführen sowie Grundbeleihungsinstitute zu verstaatlichen. Bauordnungen und Bebauungspläne sollten hygienische, ästhetische und ethische Gesichtspunkte berücksichtigen.

Mit diesem nun mehr oder weniger auf städtische Probleme eingeschränkten Programm gewann der BDB unter der Leitung von Adolf Damaschke nach dem 1. Weltkrieg Anhänger in allen Bevölkerungskreisen, auch im Bürgertum. Mit der Unterstützung einiger Parteien im Reichstag gelang es sogar, einen Bodenreformartikel in die Weimarer Verfassung einzufügen (§ 155). In die praktische Politik flossen bodenreformerische Vorstellungen aber mit der Erbbaurechtsverordnung (1919) und dem Reichsheimstättengesetz (1920) nur sehr zögerlich ein. Es blieb bei der Absicht, durch Umverteilung von Großgrundbesitz "bäuerliche Neusiedlungen" im Osten zu ermöglichen. Für "Heimstätten" wurde Kriegsteilnehmern oder deren Hinterbliebenen von den Ländern, Gemeinden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften Land zu niedrigen Preisen gegeben, wenn auch in viel geringerem Umfang als die Bodenreformer es gewünscht hatten. Was dann tatsächlich in etwas größerem Maßstab verwirklicht wurde, waren Stadttrandsiedlungen mit Gärten für etwas besser verdienende Arbeiter und andere Kleinverdiener wie in Berlin etwa die Waldsiedlung an der Krümmen Lanke. Berühmt wurde der soziale Wohnungsbau der 20er Jahre in sozialdemokratisch regierten Städten, zum Beispiel der Karl-Marx-Hof in Wien oder die Hufeisen-Siedlung in Berlin-Britz. -

Obleich Damaschke den Antisemitismus ursprünglich ablehnte, hatte der BDB die kosmopolitischen Bodenreformgedanken längst ins Nationale gewendet, als 1933 die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kamen. Der BDB ließ sich vom Regime gleichschalten. Für ihre demagogischen Zwecke griff die NSDAP die Forderungen nach einer Bodenreform auf und pervertierte sie vollends im Rahmen ihrer Blut- und Bodenideologie: das 'bodenreformerische' Reichserbhofgesetz war de facto ein Mittel zur Arisierung der Landwirtschaft. Und das Motto "Volk ohne Raum" diente als Vorwand für den Landraub in slawischen Gebieten. -

Nach 1945 war anfangs für ganz Deutschland eine Bodenreform vorgesehen. Sogar die CDU verlangte sie 1947 in ihrem Ahlener Programm. In Westdeutschland kam es aber nicht zu einer Bodenreform. Eine Umverteilung von ländlichem Großgrundbesitz erwies sich als zu schwierig. So wurden die aus dem Osten vertriebenen Flüchtlinge größten-

teils lediglich in Stadtrandsiedlungen angesiedelt, meist in winzigen Doppelhäusern mit vergleichsweise großen Gärten und Ställen. Dies ermöglichte eine gewisse dörfliche Lebensform am Stadtrand, die von der Nachbarschaftshilfe über den Gartenzaun angefangen ihre eigenen Qualitäten entwickeln konnte. Den in die Erwerbslosigkeit gezwungenen Bäuerinnen blieb immerhin ein Garten als Betätigungsfeld.

Unter dem Motto "Junkerland in Bauernhand" wurden im Herbst 1945 in der SBZ rund 7100 landwirtschaftliche Güter mit jeweils mehr als 100 Hektar (insgesamt 2,5 Millionen ha) und 4300 Bauernhöfe unter 100 ha (insgesamt 130000 ha) entschädigungslos enteignet und an Landarbeiter und Flüchtlinge neu verteilt. Rund 210000 Personen erhielten Betriebsflächen von durchschnittlich 8 ha. Etwa 120000 Kleinbauern und landlose Pächter erhielten zusätzliches Land. Und an 180000 Arbeiter, Handwerker und Angestellte wurde jeweils ein halber Hektar Gartenland zum Gemüseanbau verteilt. Zwar wurden Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet, aber insgesamt brachte diese kommunistische entschädigungslose Enteignung den Grundgedanken der Bodenreform in Westdeutschland in Mißkredit. Und die Bildung zahlreicher nicht existenzfähiger Zwergbetriebe führte indirekt zur späteren Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR.

Daß in Westdeutschland nach dem Krieg überhaupt in größerem Umfang schnell gebaut werden konnte, lag an den damals noch relativ günstigen Preisen der Baugrundstücke. Sie ermöglichten auch Familien ohne größere Einkommen zu bauen, schufen so schnell viel billigen Wohnraum und verhinderten eine preistreibende Bodenspekulation, bis das Bundesbaugesetz 1960 eine freie Preisbildung für Grundstücke zuließ und enorme Bodenpreissteigerungen einsetzten. Das heutige Baubodenrecht stellt das Grundrecht auf Eigentum und seine freie Nutzung ("Baufreiheit") zugunsten einer Allgemeinverträglichkeit "unter den Vorbehalt der öffentlichen Planung". Den Gemeinden wird damit Verantwortung und Planungshoheit zugesprochen, die die Politiker im alltäglichen Wettlauf um Steuereinnahmen und Investoren jedoch selten mutig ausschöpfen. In jüngster Zeit wird besonders in den "neuen Bundesländern" über die steuerliche Subventionierung von Investitionen eine neue Welle von Bodenspekulation forciert. Sie hat in den letzten Jahren die Mieten in manchen Zentren blitzartig wachsen lassen, so daß die Mieter dafür vielfach über 30% ihres Verdienstes zahlen müssen. Dies

und der zunehmende Leerstand überteuerter Spekulationsbauten müßte Kritik am bestehenden Bodenrecht wecken. Doch sind die Vorschläge zu seiner Reform seit langem weitgehend aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verschwunden. Wie lange noch ?

Literaturhinweise

- Adolf Damaschke, Die Bodenreform, 20. Aufl. Jena 1923.
- Beate und Hartmut Dieterich (Hg.), Boden - Wem nutzt er? Wen stützt er?, Braunschweig und Wiesbaden 1997.
- Dieter Duwendag, Wem gehört der Boden in der Bundesrepublik Deutschland ?, Bonn 1974.
- Dieter Haselbach, Franz Oppenheimer - Soziologie, Geschichtsphilosophie und Politik des "liberalen Sozialismus", Opladen 1985.
- Wolfgang Krabbe, Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform, Göttingen 1974.
- Ulrich Linse, Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde - Landkommunen in Deutschland, München 1983.
- Herbert K.R. Müller, Das Bodenproblem einst und jetzt, Hamburg o.J.
- Franz Oppenheimer, Freiland in Deutschland, Berlin 1895.
- Franz Oppenheimer, Die Siedlungsgenossenschaft, Berlin 1895.
- Franz Oppenheimer, Zur Geschichte der Bodenreform, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 72. Jg. (1936), Nr. 3, S. 418-439.
- Josef Seemann, Bund Deutscher Bodenreformer, in: Dieter Fricke (Hg.), Lexikon zur Parteigeschichte Band 1, Leipzig 1983, S. 282-288.
- Gerhard Senft, Jenseits der Hegemonie von Staat und Kapital - Franz Oppenheimer (1864 - 1943), in: Zeitschrift für Sozialökonomie 96. Folge 1993, S. 3 - 6.
- Michael Silagi, Henry George und Europa, München 1973.
- Wilhelm Schrameier, Die deutsche Bodenreformbewegung, Jena 1912.
- Wilhelm Schrameier, Kiautschou - seine Entwicklung und Bedeutung, Berlin 1915.
- Hans Wehberg, Theodor Stamm und die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung, Bonn 1911.
- W. Dietrich Winterhager, Bodeneigentum und Bodenrente in der ökonomischen Theorie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 114. Folge 1997, S. 3-13.

Abschlußerklärung der Konferenz "Soil for Life - Promoting Sustainable Land Use" im November 1991 in Berlin

"Organische Landwirtschaft ist am besten zu verwirklichen, wenn die Menschen gleiche Rechte auf Boden und andere agrarische Ressourcen haben. Dies bedeutet für viele Gesellschaften eine erhebliche Machtverschiebung. Wir halten es für unmenschlich und nicht akzeptabel, daß der Boden von einer Minderheit von Besitzern monopolisiert wird, wie dies in Lateinamerika und in Süd- und Südostasien der Fall ist. Die Konferenz unterstützt Basisinitiativen, die sich um die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse bemühen. Agrarreform und organische Landwirtschaft sind unerläßliche Bedingungen für eine demokratische Entwicklung sowohl für die Menschen als auch für die Natur, für die Länder im Süden ebenso wie für die Länder im Norden. Wir betonen die Bedeutung sozialer und ökologischer Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit Landbesitz und -bewirtschaftung."

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.), Erde ist Leben - Beiträge zur Sicherung der Welternährung durch ökologischen Landbau und Bodenreform. Bonn und Bad Godesberg 1992, S. 226. Die Konferenz wurde veranstaltet von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, dem niedersächsischen Umweltministerium, der Right Livelihood Foundation Stockholm-London sowie der Bonner Stiftung Entwicklung und Frieden.

Hermann Heinrich Gossen über die unerfüllte bodenrechtliche Voraussetzung der Marktwirtschaft

"Es bleibt nur mehr ein einziges Hindernis übrig, welches sich dem Menschen noch in den Weg stellt, den Naturgesetzen gemäß zu handeln. ... Es besteht darin, daß der Mensch sich nicht nach Gutdünken die günstigste Stelle auf der ganzen Erdoberfläche zum Betreiben seiner Produktion aussuchen kann. Hier haben nämlich die menschlichen Institutionen, anstatt die Beseitigung dieses Hindernisses zu erleichtern, dasselbe in unzähligen Fällen zu einem unüberwindlichen gemacht durch Einführung des Privateigentums an Grund und Boden. ... Diesem Übelstande könnte dann in wünschenswertester Weise abgeholfen werden, wenn das Eigentum allen Grund und Bodens der Gesamtheit gehörte und wenn von ihr jeder Fleck demjenigen zur Produktion überlassen würde, der die höchste Rente davon zu zahlen sich geneigt findet." (Mit "Rente" meinte Gossen die Pacht, welche private Bodennutzer bei einer öffentlichen Verpachtung an Meistbietende der Allgemeinheit als Bodeneigentümerin bezahlen.)

Hermann Heinrich Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln (1853). 3. Auflage Berlin 1927, S. 250-277.